

1 Die Euro-Abwertung und ihre Folgen

Eine Abhandlung über die wahren Profiteure des Euro in seinem Endstadium.

Von Hermann Patzak

Der Euro war von Anfang an eine Weichwährung. Zu viele notorische Schulden-, Inflations- und Abwertungsländer Europas waren unter das „Dach der Währungsunion“ gezwängt worden. Doch am Anfang waren es gerade diese Länder, die vom Euro profitierten: Der für ihre Verhältnisse stabile Euro mit einem für sie ungewohnt hohen Außenwert erlaubte ihnen (1) billige Importe aus allen Ländern, auch den Euro-Ländern, so auch aus Deutschland. Der Euro erlaubte ihnen auch (2) die Bezahlung mit Krediten zu niedrigsten Zinskosten, weil das Abwertungsrisiko für die Kreditgeber weggefallen war.

Ganz anders waren die Folgen des Euro für die deutsche Volkswirtschaft. Für sie **bedeutete die Einführung des Euro** im Vergleich zur stabilen DM, deren Außenwert Jahr für Jahr um über 6 Prozent gestiegen war, **eine Abwertung**. Sie wirkte wie ein Schock für die gesamte deutsche Volkswirtschaft, die noch eine Reihe ökonomischer Belastungen aus der Wiedervereinigung abarbeiten mußte, die übrigens gar nicht nötig gewesen wären, wenn man die DDR-Wirtschaft nicht abgerissen, sondern mit dem vorhandenen Arbeitskräftepotential aufgebaut hätte.

Die durch den Euro verbilligten Exporte erhöhten zwar das Exportvolumen (Menge x Preis), aber nicht, weil die Preise gestiegen wären, sondern weil sich die Verkaufsmenge infolge der Abwertung erhöht hatte. Bei den Importen aber stiegen die Preise empfindlich, wodurch nicht nur die Konsumgüter-, sondern vor allem die Rohstoff-, Energie- und Vorproduktpreise empfindlich anstiegen, wodurch sich alle Produktionskosten im Inland erhöhten. Diese Verteuerung ging vor allem zu Lasten des Produktionsfaktors Arbeit: Die Lohneinkommen stagnierten oder sanken, Arbeitskräfte mußten entlassen werden und die Arbeitslosenzahlen stiegen. Der Euro hatte die Deutschen im Nu ärmer gemacht! Mit den Lohneinkommen stagnierte das Volkseinkommen, sie verzeichneten die niedrigsten Wachstumsraten der Euro-Länder und mußten sich einschränken. Insbesondere sah sich der Staat außerstande, die vielen Arbeitslosen zu bezahlen, weshalb man Hartz IV ersann. In der Rangliste des pro Kopf Einkommens¹ in Europa sanken die Deutschen vom vierten Rang im Jahr 1995 (das war nach der Wiedervereinigung!) auf den 13. Rang im Jahr 2007 ab!

Weil aber Deutschland immer noch die größte Euro-Volkswirtschaft war, legte sie mit ihren Exporten und Exportüberschüssen den Grundstein für einen relativ stabilen Außenwert des Euro. Dadurch mußten jene Euro-Volkswirtschaften über kurz oder lang in Bedrängnis kommen, deren gewachsene ökonomische Strukturen an Schuldenfinanzierung, Inflation und Abwertung in allen Jahren zuvor ausgerichtet waren. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die im Sommer 2007 ausbrach, wirkte wie ein Katalysator, der diesen grundlegenden Konstruktionsfehler der EWU aufdeckte und beschleunigte. Doch, statt einzugestehen, daß eine Währungsunion mit derart unterschiedlichen Volkswirtschaften nicht funktionieren kann, schalteten die ideologisch getriebenen Initiatoren, die selbsternannten Europa-Politiker, auf stur. Sie wollen mit aller Gewalt und gegen alle Vernunft den Euro retten. Sie schnürten immer neue Rettungspakte, die sich bis heute auf rund

¹ EuroStat, BIP und Hauptkomponenten - Jeweilige Preise [nama_gdp_c].

1,57 Billionen Euro² aufsummieren. Die erhoffte ökonomische Wende blieb aber bis heute aus. Trotz oder wegen der mit den gewährten Krediten verknüpften Reformauflagen, worüber sich die Euro-Retter in die Haare kamen und bis heute noch nicht einig sind.

Nun, am 09.03.2015, hat die EZB zusätzlich die Schleusen für eine Geldvermehrung in noch nie dagewesenem Ausmaß geöffnet: Sie wird 19 Monate lang jeden Monat für 60 Mrd. Euro Staatsanleihen der Euro-Länder aufkaufen, das sind in der Summe 1,14 Billionen Euro. Dadurch wird sich die gesamte Euro-Geldmenge um ein Mehrfaches erhöhen (abhängig vom sog. Geldschöpfungsmultiplikator, über dessen angenommene Höhe sich die EZB-Experten leider ausschweigen). Diese Geldmengensteigerung soll die Konsum- und Investitionsgüternachfrage anregen und damit zu einer Produktionssteigerung und Senkung der Arbeitslosigkeit in den Euro-Krisenländern führen. Doch die Staatsanleihen befinden sich in den Händen von institutionellen Kapitalanlegern wie Banken und Versicherungen. Sofern diese überhaupt verkaufen, dann werden sie keine Investitions- oder Konsumgüter nachfragen, sondern die Erlöse in rentablen Vermögenswerten anlegen, wie die Aktien- oder Immobilien- und Rohstoffmärkte seit Beginn der EZB-Aufkäufe signalisieren. Die Annahme, man könne damit die Konsum- und Investitionsgüterproduktion erhöhen und die Euro-Krise überwinden, ist genau so unrealistisch, wie es die Annahme war, daß eine rigorose Senkung der Staatsausgaben die Staatsschulden senken könnte, ohne daß dadurch die Produktion und das Volkseinkommen (ganz erheblich) verringert würde. Die eben geschilderten volkswirtschaftlichen Zusammenhänge sind seit der Großen Weltwirtschaftskrise in den 1920iger und 1930iger Jahren des 20. Jahrhunderts hinreichend bekannt. Sie wurden ignoriert, die Euro-Rettung hatte absoluten Vorrang. Die Diskussion um Nutzen oder Schaden der gemeinsamen Euro-Währung in Europa ist vordergründig auf den monetären Aspekt des Schulden- und Haftungstransfers im Rahmen der Euro-Rettung beschränkt, weshalb wir uns wieder der Problematik der Rettungspakete und Rettungsschirme zuwenden müssen.

Deutschland haftet heute mit ca. 723 Mrd. Euro für die Schulden anderer Euro-Länder. Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt 2014 belief sich auf 296,5 Mrd. Euro, Deutschlands Haftung ist also mehr als doppelt so groß! Der nachstehende Überblick zeigt die momentane Schuldensituation der Euro-Retter.

	RetSchirme	EZB-Haftg.	GesHaftg.	
Länder	Mrd. Euro			
Malta	1,41	1,19	2,60	Frankreich, Italien und Spanien, ihrer Größe nach die zweit-, dritt- und viertgrößte Euro-Volkswirtschaft, haften mit insgesamt 1.336 Mrd. Euro. Alle drei Volkswirtschaften stecken tief in der Krise. Ihre maßgebenden Politiker verlangen ein Ende der Austeritätspolitik, eine Ausgaben- und Geldmengensteigerung und die damit verbundene Abwertung des Euro. Die USA haben dies schon immer verlangt. Ihre Wünsche werden von der EZB vollzogen!
Zypern	2,89	2,38	5,27	
Estland	3,61	3,09	6,70	
Luxemburg	4,28	3,09	7,37	
Slowenien	6,95	5,82	12,77	
Slowakei	14,33	12,11	26,44	
Finnland	26,31	21,85	48,16	
Österreich	41,07	34,08	75,15	
Belgien	51,99	42,39	94,38	
Niederlande	84,44	69,83	154,27	
Spanien	170,84	145,35	316,19	
Italien	257,42	218,62	476,04	
Frankreich	294,76	248,90	543,66	
Deutschland	392,40	331,43	723,83	
Gesamt	1.576,00	1.140,00	2.716,12	

² <http://de.wikipedia.org/wiki/Euro-Rettungsschirm>, Zugriff am 17.03.2015.

Die Zahlen in der letzten Spalte, zeigen die gesamte Haftungssumme der „solidarischen“ Euro-Länder, die nun Gläubiger der zahlungsunfähig gewordenen Euro-Partner Länder sind. Darunter sind auch ärmere Länder als Griechenland (z.B. die baltischen Staaten), deren Pro-Kopf Einkommen niedriger als das der Griechen ist. Egal, ob Griechenland aus dem Euro austritt oder ob sie im Euro verbleiben und ihnen die Schulden erlassen werden müssen, werden alle Euro-Länder anteilig den größten Teil ihrer Forderungen abschreiben müssen. Die Rede ist momentan von einer Abschreibungsquote von 90 Prozent.

Deutschland haftet im Falle Griechenlands mit über 60 Mrd. Euro, das ist rund 1/5 des Bundeshaushaltes. Die Deutschen werden also ca. 54 Mrd. Euro verlieren. Es ist der Gegenwert von Waren und Leistungen, die man erbracht und geliefert hat, die aber nie bezahlt werden. Auch die anderen Euro-Länder werden entsprechend ihrer Wirtschaftskraft zur Kasse gebeten. Kein Wunder, daß es zurzeit mächtig im Gebälk der Euro-Union knistert. Das also zu den rein finanziellen Problemen, die sich aus den krampfhaften Bemühungen der Euro-Rettung ergeben. Kommen wir aber wieder zurück zu den eigentlichen ökonomischen Problemen, die der Euro verursacht hat.

Über sie wurde in den Medien bisher so gut wie nie berichtet. Doch nun scheint die Zeit doch allmählich reif geworden zu sein, mit der Wahrheit nicht mehr „hinter dem Berg halten“ zu können: Am 17.03.2015 schrieb Daniel Mohr in einem FAZ-Kommentar³ über die Inflations- und Abwertungspolitik der EZB, daß die geplante Geldvermehrung die Anleihe- und Aktienkurse ebenso in die Höhe treibt wie die Immobilien- und Mietpreise, was natürlich gut ist für die Internationale der Finanzspekulant, die einen doppelten Reibach macht: Die Abwertung des Euro verbilligt die Aktienkäufe erheblich und der gemeinsame Run auf europäische – insbesondere deutsche Aktien – bringt noch einen extra Gewinn. Weiter schlußfolgert er, daß die EZB für diese monatlichen 60 Mrd. Euro die großen DAX Unternehmen „Adidas, Thyssen-Krupp oder die Münchener Rück kaufen könnte oder die Lufthansa, Deutsche Bank und den Rest der Commerzbank“. Damit wird zum ersten Mal auch von der in ökonomischen Fragen im Prinzip kompetentesten deutschen Tageszeitung ein Zusammenhang aufgezeigt, der den Deutschen bislang erfolgreich verschwiegen wurde: Der massenhafte Aufkauf deutscher Unternehmungen, die der minderwertige Euro erst ermöglicht! Natürlich ist es nicht die EZB, die deutsche Unternehmen infolge der Abwertung zu Ramschpreisen jetzt wieder aufkauft, sondern es sind die sogenannten Investoren aller Herren Länder, die sich Deutschlands Produktivvermögen aneignen können und es auch tun! Wir haben mehrfach in den letzten Jahren darüber berichtet, daß sich in den Jahren 1997-2007 das Auslandseigentum an den 30 größten deutschen Aktiengesellschaften von 10 auf über 52 Prozent erhöht und damit verfünffacht hat⁴. Die größten deutschen Aktiengesellschaften gehören also schon lange mehrheitlich gar nicht mehr den Deutschen. Der Euro hatte es damals möglich gemacht. Jetzt werden die internationalen Kapitalhaie wohl bald die 70 Prozent Marke knacken.

Doch Daniel Mohr geht noch weiter: Er stellt fest, daß „die Vermögenseffekte und die Freude bei den von der EZB“ auf solche Weise „Begünstigen enorm ist, nicht aber bei den Mietern“. Nicht erwähnt hat er allerdings die Internationale der Immobilienspekulant und die vielen deutschen Mittelstands- und Familienbetriebe, die auf diese Weise seit der Aufgabe der DM in ausländisches Eigentum übergegangen sind und jetzt weiter in einer neuen Welle der Eigentumsübertragung aufgekauft werden. Nicht genannt hat er auch die Aufkäufe von Erzeugern staatlich subventionierter erneuerbarer Energien, eben-

³ Daniel Mohr in F.A.Z., Dienstag den 17.03.2015, Seite 15.

⁴ Handelsblatt vom 17.12. 2007

so wie er den Ausverkauf der im Inland nicht beliebig vermehrbaren Produkte, wie z.B. Stamm-oder Bauholz nicht erwähnt, die durch die Auslandsnachfrage auch für alle Inländer knapp und teuer werden. Vergessen hat er auch, daß die zusätzliche Exportgüternachfrage auch die Inlandspreise in die Höhe treiben wird und, daß wir bei (annähernder) Vollbeschäftigung gar nicht mehr produzieren können und daß sämtliche Importgüter (auch die Rohstoffe, Halb- und Vorprodukte für die Inlandsproduktion) alle Inlandsprodukte (egal ob sie exportiert werden oder nicht) verteuern müssen. Die Benachteiligten dieser Folgen der Abwertung sind immer die „kleinen Leute“, das sind alle Bezieher fester Einkommen und natürlich vor allem die Sparer, die für ihre Ersparnisse nichts mehr bekommen, aber die steigenden Preise bezahlen müssen.

Und das geschieht alles, weil sich eine ideologisierte europäische Polit-Kaste in den Kopf gesetzt hat, die Nationen Europas mit einer Einheitswährung zu „beglücken“, deren Wert für die einen zu hoch und für die anderen zu niedrig ist. „Ins Fäustchen lachen“ kann sich dabei die Internationale des Kapitals, die überall dort einfällt, wo die Renditen momentan am höchsten sind. Das ist auch und gerade dort, wo eine Währung abgewertet wird. Begeistert von dieser Art von Mechanik ist natürlich die Politik in den Ländern, in denen diese Art des vagabundierenden Kapitals zu Hause ist, wird doch ihr Land politisch um so mächtiger und einflußreicher, je mehr es von diesem Kapital beherbergt. Es wird wenig Leser geben, die lange raten müssen, welche Länder das sind.

In Europa bewirkt der gescheiterte Euro jetzt eine doppelte Einkommens- und Vermögensumverteilung. Einmal innerhalb jeder Volkswirtschaft von den Beziehern fester Einkommen zu den Beziehern von Gewinn- und Spekulationseinkommen. Und ebenso zu einer Umverteilung zwischen den Volkswirtschaften (Nationen), nämlich von den überschuldeten Volkswirtschaften zu jenen, denen man eingeredet hat, sie müßten solidarisch sein und die Kredite der Finanzindustrie übernehmen, um den Konkurs der zahlungsunfähigen Euroländer zu verhindern, ehrlicher gesagt: den Euro zu retten. Diese Bürger haben, im Glauben an die Versprechungen ihrer Politiker, daß die Euro-Rettung nichts kosten werde, die ursprünglichen Gläubiger frei gekauft. Sie sind an deren Stelle Gläubiger geworden. Wenn die Schuldner aber nicht oder nur teilweise zahlen können, sind ihre Forderungen verloren. Ihr Einkommen bzw. Vermögen wird um die nicht bezahlten Forderungen sinken. Es kommt damit zu einer nationalen Umverteilung der Einkommen und Vermögen zwischen den europäischen Staaten. Das „Schmiermittel“, das diese Umverteilung reibungsloser gestalten soll, ist eine Inflation. Das hat man aus der Geschichte gelernt: Sie enteignet die Gläubiger und erleichtert bzw. ermöglicht den Schuldnern erst die Rückzahlung.

Somit wird der Euro am Ende seiner Zeit eindeutig wieder seine Profiteure haben. Es ist das Kapital, das in den „guten Jahren“ die Renditen eingestrichen hat. Und es sind die Schuldner, die durch die Inflation von ihrer Schuldenlast zumindest teilweise befreit werden. Und mit ihnen jene Staaten und Politiker, die ein Interesse daran hatten, daß Europa eine minderwertige Einheitswährung bekommt.